
Tagung

Sozialismus in Europa - Bilanz und Perspektiven Ein Symposionsbericht

Vom 23. bis 26. November 1988 veranstaltete das Institut zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung (IGA) aus Anlaß des 75. Geburtstages von Willy Brandt ein wissenschaftliches Symposium zum Thema „Sozialismus in Europa - Bilanz und Perspektiven“ an der Ruhr-Universität Bochum. An dieser Tagung, die unter der Leitung von Helga Grebing, der Geschäftsführenden Leiterin des Instituts, sowie von Peter Brandt (Berlin) und Hans Mommsen (Bochum) stand, nahmen rund 40 international renommierte Wissenschaftler teil: Historiker, Soziologen, Politologen, Philosophen, unter ihnen Skandinavier, Polen, ein Mitglied der jugoslawischen „Praxis“-Gruppe, ein Intellektueller des Prager Frühlings, der heute im Westen lebt, sowie natürlich Deutsche aus der Bundesrepublik und aus der DDR. Um diesen Kern herum gruppierte sich eine etwa gleich große Zahl von Vertretern des politischen, gewerkschaftlichen und wissenschaftlichen Lebens in Bochum und in der Region sowie ein Kreis von Studenten der Ruhr-Universität.

In ihrer Eröffnungsansprache stellte Helga Grebing Ausgangspunkt und Anliegen des Symposions heraus: „Mitten im industriellen Herzen Europas über ein Thema zu diskutieren, das Geschichte und Gegenwart zu vielleicht zukunftsweisenden Perspektiven zu bündeln vermag, und dies alles aus Anlaß des 75. Geburtstages eines Mannes, der seit mehr als einem halben Jahrhundert die geschichtlichen Wendepunkte der Arbeiterbewegungen in Europa aktiv beeinflusst oder kritisch beobachtet hat.“ Das Symposium war in fünf Sessionen unterteilt; zusätzlich fand eine öffentliche Podiumsdiskussion zu der Frage „Hat der Sozialismus eine Zukunft?“ statt.

Die *erste Session* stand unter der Überschrift „Vom organisierten Kapitalismus zum postindustriellen Sozialismus?“. Sein

Einleitungsreferat stellte Oskar Negt (Hannover) unter die Leitfrage, was Sozialismus am Ausgang des 20. Jahrhunderts sein kann und sein soll. Er versuchte dazu eine Bestandsaufnahme und benannte drei „Bücher“, die geschrieben werden müßten: das der Verabschiedungen, das der ungelösten Fragen und das der Erneuerungen. Negt wies auf „Narben geschichtlicher Lernprozesse“ hin, die auf die Idee des Sozialismus in diesem Jahrhundert entscheidend eingewirkt hätten: Auschwitz, der Stalinismus und die Erfahrung der potentiellen Selbstvernichtung aller Menschen. Alle traditionellen Konzepte des Sozialismus seien ungültig geworden, und auch der alte Gegensatz innerhalb der Arbeiterbewegung zwischen reformerischer und revolutionärer Orientierung habe seine Brisanz verloren. Negt sprach sich entschieden gegen eine etatistische Orientierung als Weg zur Gesellschaftsveränderung aus; er forderte eine Erneuerung der materialistisch-dialektischen Denkweise sowie eine Rücknahme von vorgenommenen Ausgrenzungen aus der sozialistischen Bewegung und verwies auf die Bedeutung der neuen sozialen Bewegungen. In der Diskussion wurde zunächst die Frage des Verhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, insbesondere im Lichte der wissenschaftlich-technischen Umwälzungen, kritisch beleuchtet. Außerdem wurde nach den Trägern der sozialistischen Bewegung heute gefragt und das Problem der Spaltung der Arbeiterbewegung sowohl historisch als auch gegenwärtig angesprochen.

In der *zweiten Session*, „Die Zukunft der Demokratie in West und Ost“, setzte sich Svetozar Stojanovic (Belgrad) vom Standpunkt eines „demokratischen Sozialismus“ mit dem Gesellschaftssystem des „kommunistischen Etatismus“ auseinander. Er entwickelte seine Kritik daran am jugoslawischen Beispiel und unterschied deutlich zwischen reformerischer Liberalisierung und inhaltlich revolutionärer Demokratisierung dieses Systems. Ergänzend befaßte sich Peter Lösche (Göttingen) mit Problemen der westlichen Parteiendemokratie, indem er die Situation in der Bundesrepublik mit der

in den USA verglich und fragte, wie bürokratischen Verkrustungen entgegengewirkt werden könne. Ein dritter Gesichtspunkt wurde von Frigga Haug (Berlin) aufgeworfen, die auf die Bedeutung der Frauenfrage für die Verbindung von Demokratie und Sozialismus hinwies. Die Diskussion konzentrierte sich vor allem auf die osteuropäischen Gesellschaften, doch wurde von verschiedenen Teilnehmern auch eine „Staatsfixiertheit“ der Sozialdemokratie kritisch angesprochen, die wie der „kommunistische Etatismus“ dazu beigetragen habe, die Begriffe Demokratie und Sozialismus im Bewußtsein breiter Bevölkerungsgruppen zu entkoppeln.

Die *dritte Session* befaßte sich mit dem Thema „Soziale Emanzipation und individuelle Freiheit im Angesicht der ökologischen Krise“. In seinem Einleitungsreferat betonte Iring Fetscher (Frankfurt a. M.) die Notwendigkeit und die Möglichkeiten des ökologischen Wandels der Weltgesellschaft. Da alle Formen einer Öko-Diktatur aus wertnormativen Gründen ausgeschlossen werden müßten, gehe es darum, eine realisierbare demokratische Alternative dazu auszuweisen. Die Probleme, die sich aus solcher Sicht stellten, lauteten: nicht weniger oder keine Arbeit, sondern andere Arbeit; nicht mehr Freizeit, sondern andere Freizeit; nicht kein Konsum sondern Konsum anderer Waren usw. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Auslotung der Veränderungswilligkeit und der Veränderungsfähigkeit der Menschen in den westlichen industriellen Demokratien sowie der Stellenwert der ökologischen Frage in den sogenannten realsozialistischen Ländern, wobei die These eine Rolle spielte, daß die Demokratisierung dieser Länder nicht von dem Zusammenhang mit der ökologischen Frage getrennt werden dürfe.

Die *vierte Session*, bei der auch Willy Brandt anwesend war, behandelte „Das Nord-Süd-Problem - historische Ursprünge, aktuelle Brisanz“. Jean Ziegler (Genf) führte aus, daß der selbstverständliche Internationalismus der „Urväter“ der sozialistischen Bewegung, die Klassensolidarität zwischen den unterdrückten Völkern und der abhängigen Klasse in den herrschenden Nationen, heute nicht mehr gegeben sei. Heute habe im Gegenteil eine „Homogeni-

sierung des Bewußtseins“ stattgefunden -für die unterdrückten Völker seien der Feind die herrschenden Nationen in ihrer Gesamtheit, und umgekehrt beruhe auch der Wohlstand der Arbeiterschaft in den industriellen Demokratien auf dem „äußeren Faschismus“, den diese gegenüber der Dritten Welt praktizierten. Ziegler benannte als Charakteristika der gegenwärtigen Weltordnung: Universalität, sozial verursachter und gewollter Mangel sowie strukturelle und ständig wachsende Ungleichheit. Den einzigen Lösungsweg sah er in einer „autarkistischen Entwicklungspolitik“ der Dritte-Welt-Länder, in einer „pluralistischen Weltgesellschaft“ mit „regionalen Vernünften“. Ziegler brachte engagiert den Begriff der Moral in die Diskussion und stellte heraus, daß Werte universal sein müßten, denn wenn sie dies nicht seien, würden sie auch einer Erosion bei uns unterliegen. Der Kampf um die Befreiung der unterdrückten Völker sei deshalb auch ein Kampf um die Demokratie bei uns. Willy Brandt bezeichnete in seinen Ergänzungen zu Zieglers Referat die achtziger Jahre als ein „verlorenes Jahrzehnt“ für die Nord-Süd-Politik. Er warnte vor einer Übernahme des Thatcherismus im Weltmaßstab und betonte, daß durch die Unterentwicklung globale Umweltprobleme noch weiter gesteigert würden. Er wies allerdings auch darauf hin, daß genauer bedacht werden müsse, welche Probleme national, welche regional und welche international angegangen werden müßten. Er sah einen Trend zur „Weltinnenpolitik“, der allerdings von der sozialistischen Bewegung ein neues Konzept von Internationalismus verlange. In der Diskussion bestand weitgehende Einigkeit darüber, daß das bisherige Entwicklungsmodell gescheitert sei, jedoch wurde die Möglichkeit einer Abkoppelung der Entwicklungsländer vom Weltmarkt gerade auch unter energiepolitischen Gesichtspunkten in Frage gestellt. Außerdem wurde auf die Unterschiedlichkeit der Dritte-Welt-Länder hingewiesen und gemahnt, gerade die Linke müsse andere Utopien und Lebensvorstellungen achten.

Die *finfte Session* hatte zum Thema „Entspannungspolitik - Europäische Integration - Deutsche Frage. Grundlinien einer gesamt-europäischen Friedensordnung“. Peter Bender (Berlin) behandelte in seinem Ein-

leitungsreferat die Frage, wie es möglich sein könnte, Deutschland und Europa miteinander in Einklang zu bringen. Europa brauche die Teilung Deutschlands, Deutschland brauche aber eine Aufhebung der Trennung; hier müsse ein historischer Kompromiß gefunden werden, den Bender nur in der Akzeptierung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges durch die Deutschen bei einem gleichzeitig stattfindenden Prozeß der gesamteuropäischen Annäherung sah. Die westeuropäische Einigung dürfe nicht zu einer Abschottung gegenüber dem Osten führen. Bender konstatierte eine Europäisierung in diesem Sinne sowohl der Bundesrepublik (Öffnung nach Osten) als auch, wenngleich sehr viel langsamer, der DDR (Öffnung nach Westen). In der Diskussion wurde vor allem von den skandinavischen Teilnehmern die regionale Vielfalt Europas herausgestellt, die unterschiedliche Bewertungen zum Beispiel der Europäischen Gemeinschaft auch durch die Arbeiterbewegung zur Folge habe. Osteuropäische Teilnehmer betonten, daß für eine europäische Friedensordnung der Pluralismus der Länderinteressen berücksichtigt werden müsse; hier liege auch eine Aufgabe für eine sozialistische Außenpolitik. Die Frage, wie eine sozialistische Außenpolitik überhaupt aussehen und welche Ziele jenseits des Status quo sie verfolgen solle, wurde kontrovers diskutiert, ebenso wie die möglichen Ziele einer Deutschlandpolitik der Linken.

Die von Helga Grebing geleitete *Podiumsdiskussion* „Hat der Sozialismus eine Zukunft?“ wurde bestritten von Lew Kopelew (jetzt Köln/Wuppertal), Richard Löwenthal (Berlin), Peter von Oertzen (Han-

nover/Bonn) und Otto Reinhold (Berlin, DDR). Auf die Frage, was Sozialismus für sie heiße, unterstrichen alle Teilnehmer den Prozeßcharakter, aber darüber hinaus gab es nur wenig Übereinstimmungen: Fragen nach dem Träger des Prozesses, nach den Verwirklichungsmöglichkeiten und den weiteren Perspektiven wurden unter Beteiligung der zahlreichen Zuhörer kontrovers diskutiert, wobei auch immer wieder Probleme des deutsch-deutschen Alltags zur Sprache kamen. Von vielen Seiten wurde die Bedeutung herausgestellt, die der Erfolg der Perestroika in der Sowjetunion für die Zukunft des Sozialismus habe.

Das Symposium befaßte sich mit einer Fülle von Fragen, und für längst nicht alle konnten oder sollten auch nur bereits allgemein konsensfähige Positionen gefunden werden. Es gab viel produktiven Streit, der wiederum vielfältige Anregungen gab, die die weiteren Arbeiten fruchtbar beeinflussen dürften und mithelfen sollten, das Thema des Symposions wieder verstärkt auf die wissenschaftliche Tagesordnung zu setzen. Dazu dürfte nicht zuletzt beigetragen haben, daß die Teilnehmer einem breiten Meinungsspektrum entstammten, wobei sicherlich bemerkenswert war, daß es auf diesem Symposium möglich war, daß aus der DDR Vertreter der SED-Position mit Vertretern kritisch-sozialistischer Positionen aus eben diesem Land miteinander diskutierten. (Ein Sammelband mit den Referaten und wichtigsten Diskussionsbeiträgen ist in Vorbereitung.)

Dr. Rainer Schulze,
Institut zur Erforschung der
europäischen Arbeiterbewegung,
Ruhr-Universität Bochum